





Beschlüsse

des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg



Beschluss des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

3.33 Nein zum bundeseinheitlichen Zentralabitur

Die GEW wendet sich gegen die Pläne zur Einführung eines bundeseinheitlichen Zentralabiturs. Alternativ zu einem solchen bundesweiten Zentralabitur fordert die GEW die Umsetzung folgender Eckpunkte bei der Abiturprüfung:

- Das Abitur muss so gestaltet sein, dass damit fachlich und methodisch die allgemeine Hochschulreife ohne weitere Hochschuleingangsprüfungen erreicht wird.
- Die Vergleichbarkeit soll durch die KMK-Anforderungsebenen, Kompetenzen und dazugehörigen Operatoren hergestellt werden.
- Die Abiturprüfung soll einen Unterricht abbilden, der vertiefte Allgemeinbildung, Wissenschaftspropädeutik und Studierfähigkeit vermittelt.

- Prüfungen müssen Wahlmöglichkeiten und Schwerpunktsetzungen beinhalten.
- Das Korrekturverfahren soll in der Regel vollständig in der Schule bleiben.
- Die mit den Prüfungen verbundenen Arbeits- und Zeitbelastungen bei den Lehrkräften müssen bei weiteren Veränderungen in den Blick genommen werden. Auch bisherige Verfahren in einzelnen Ländern, die unnötig aufwändig sind, gehören dabei auf den Prüfstand. Korrekturzeiten müssen mindestens vier Wochen betragen, Mehrbelastung muss ausgeglichen werden.